

Basisdemokratie

Es bedarf keiner Festlegung, wo genau die Freien Wähler zu einzelnen Sachfragen stehen. Es war genau die Stärke der Volksparteien CDU und SPD, dass sie ein breites Spektrum abgedeckt hatten. Wenn wir die maroden Volksparteien ablösen möchten und deren verlorene Nichtwähler als Wähler gewinnen möchten, dann ist es viel wichtiger, über neue Prinzipien der innerparteilichen Demokratie und Partizipation nachzudenken.

Grundlegende Mängel und auch Ursachen für wachsende Ablehnung von Parteien und Politikern sind u.a.:

In den Parteien herrschen ‚Fürsten‘ jeweils auf der Ebene ihres Verbands (Ort, Kreis, Land, Bund) oder kleine Seilschaften und sichern ihre Macht mit unterwürfigen Parteidienern. Wer in den Verdacht kommt, die herrschende Macht zu gefährden, wird sofort abgeschossen. Bei innerparteilichen Wahlen tritt meistens der Vorsitzende ohne Gegenkandidat an und danach wird seine ‚Mannschaft‘, auch jeweils ohne Gegenkandidat, Kopf für Kopf durchgewunken. Das Ganze wird dann als Ideal einer ‚Geschlossenheit nach außen‘ verkauft.

Zur Praxis gehört, dass jeder (d.h. auch jeder von den Funktionsträgern unter dem ‚Fürsten‘) darauf aufpasst, dass unter ihm keine allzu hellen Funktionsträger nachrücken. Die sollen ja unter ihm bleiben und dafür eignen sich Leute, die nicht intelligenter sind als er (das ‚er‘ ist hier natürlich geschlechtslos gemeint). – Es herrscht das Mittelmaß – und das zieht sich bis in höchste Positionen.

Zum Aufpassen gehört auch, dass Fürsten auf allen Ebenen nur Nachfolger dulden, die mindestens 15, besser aber 25 Jahre jünger sind, als sie selbst. Hiermit wird maximale Sicherheit erreicht, dass die Funktionssträger unbehelligt das Rentenalter erreichen, bevor ihnen einer der nachfolgenden Ehrgeizlinge in die Quere kommen könnte. Dies ist der Grund, dass in den grossen Parteien auf Veranstaltungen häufig ein überproportionales Auftreten der Jugendorganisationen der Parteien sichtbar ist. Es ist auch die Ursache von verbreiteter Resignation bei den älteren Parteimitgliedern, die keinen Sinn mehr zum Engagement aufgrund der Generationsbarriere in ihrer Partei sehen. Die Folge ist ein Personalproblem in den Parteien, da unterhalb der Fürsten und ihrer engen Vasallen keine potenten Nachfolger bereitstehen. Sichtbar wird dies z.B. durch das Nachrücken eines 37jährigen Bundeswirtschaftsministers, der in der größten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten mit der geringen Erfahrung seiner jungen Jahre u.a. in USA mit erfahrenen Managern von General Motors über den Preis der Zukunft von zigTausend Opel Arbeitsplätzen verhandeln soll.

Um die durch die vorgenannten Ursachen bewirkte Abwärtsspirale im Personalniveau einer Partei zu vermeiden, bedarf es neuer Regeln. Nachfolgend einige Vorschläge:

Bei innerparteilichen Wahlen sollte es immer **mindestens 2 Kandidaten** für jeden Posten geben. Dies sollten echte Kandidaten sein, also nicht ein Fürst und einer seiner Leute als Strohmann. – Alle Mitglieder die mitmachen erhalten so eine faire Chance; wobei natürlich nur jeweils einer gewählt werden kann.

Bei innerparteilichen Wahlen, bei denen es um einen Posten geht, für den es Stellvertreter gibt, sollte dann der **Unterlegene** automatisch zum **Stellvertreter** werden, wenn er mindestens 25% der Stimmen bekommen hatte. – Heute ist es

üblich, dass eine Mehrheit im wählenden Verband ihre Leute auf alle Posten im Vorstand des Parteiverbandes wählt (wenn es denn zu einer der seltenen Wahlen mit Gegenkandidaten gekommen ist). So herrschen im Grenzfall 51% über 49%, die sich dann als Unterlegene frustriert abwenden und aus der aktiven Arbeit oder gar aus der Partei ausscheiden.

Mehrfachfunktionen einzelner Mitglieder sollten **vermieden** werden. Um möglichst viele Aktive einzubinden, ist es nicht sinnvoll, wenn jemand gleichzeitig Kreis-Schatzmeister, Ortsvorsitzender und auch noch Vorsitzender einer parteinahen Wirtschaftsvereinigung ist (das war jetzt kein fiktiver Fall ;-).

Freie Wähler sind für mehr **Volksabstimmungen**. Hiermit kann das Volk direkt entscheiden, zu wichtigen Fragen, wie die Höhe der gewünschten Zuwanderung, zu dem Einstieg in eine europaweite gemeinsame Währung, der Abtretung von nationalen Kompetenzen an die EU, der Ein – oder Ausstieg zur Atomkraft oder die Dauer von Militäreinsätzen im Ausland u.sw.

Wenn Volksentscheidungen richtig sind, dann dürfte es mindestens genau so richtig sein, bei wichtigen Richtungsfragen in einer politischen Partei die **Mitglieder zu befragen** (bei Sachfragen, weniger bei Personalfragen). Die Position einer Partei, z.B. zu den im vorigen Absatz genannten Fragen, sollte über Mitgliederbefragungen geklärt werden. Gewählte Funktionsträger in jeder Partei sind es gewohnt Kompromisse zu machen. Sie können sich dann entscheiden, ob sie das Mehrheitsvotum akzeptieren oder erklären, daß sie in der einen oder anderen Frage eine andere Position haben. Dies kann zum Rücktritt führen oder zur Abwahl beim nächsten Wahltermin, muss es aber nicht. - Hiermit würde ein völlig neues und gewichtiges Motiv entstehen, um Mitglied in einer Partei zu werden. Auch ein wenig aktives Mitglied kann dann seine Stimme zu richtungsweisenden Sachfragen einbringen und somit seine Stimme gegenüber seiner Rolle als wählender Bürger multiplizieren (vorausgesetzt die Partei hat nennenswerte Erfolge bei den Wahlen).

Die Mitglieder sollten ein Interesse daran haben, dass derartige Grundsatzregeln (da kommen sicher noch weitere Ideen) später nicht von Funktionsträgern abgeschafft werden. Auch die Grünen sind Anfang der Achtziger mit interessanten Ideen zur innerparteilichen Demokratie angetreten (Rotation), die dann nach wenigen Jahren von den neuen Politstars abgeschafft wurden. Leider gibt es da auch eine unheilige Allianz mit der Presse, die ja von Politstars lebt.

Dr. Karl Schmitt
7.7.09